

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 50.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1292.
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.
Verleger u. verantwortl. Redakteur: F. Krieg, Hannover.
Druck von Böhme & Löhner, Hannover.

Hannover,
12. Dezember 1902.

Abonnementpreis pro Quart.: 1,50 Mk., unter Kreuzb.
2 Mk.; f. d. Ausl. 2 Mk., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Nr.
20 Pf. — Geschäfts-Inserate: die sechsersp. Zeitsp. 30 Pf.,
5. Wiederh. Rabatt. Und. Inserate die Zeitsp. 20 Pf.

12. Jahrg.

Eine sonderbare Auslegung der Vereinbarung bezüglich des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Zu dem Artikel unter dieser Ueberschrift in der Nr. 44 der „Bräuer-Zeitung“ vom 31. Oktober, der sich mit dem Beschluß des Vereins der Brauereien von Hannover und Umgegend beschäftigt, den Krankenhauskranke bei der Zahlung des Zuschusses seitens der Betriebsleitungen laut der Vereinbarung bezüglich § 616 des B.G.-B. nicht das übliche Krankengeld, sondern die Krankenhauskosten anzurechnen, wozu die bezügliche Weigerung seitens der Betriebsleitung der Lindener Aktienbrauerei die Veranlassung gab, sendet uns der Syndikus des Vereins der Brauereien, Herr Rechtsanwalt Wegener folgende Erwiderung mit dem Ersuchen um Aufnahme:

„Ich beabsichtige mit dem Nachfolgenden nicht auf die in dem gedachten Artikel enthaltenen Rechtsausführungen zurückzukommen, da ich der Ansicht bin, daß Rechtsfragen nicht durch Erörterungen in der Presse, sondern nur durch Entscheidung der zuständigen Gerichte ausgetragen werden können. Der Zweck meiner Erwiderung ist lediglich der, keine falsche Auffassung über den Vorfall, aus dem heraus die Frage gestellt geworden ist, aufkommen zu lassen. Zu diesem Zwecke bemerke ich zunächst, daß der Fall, der zu der Erörterung der Rechtsfrage Anlaß gegeben hat, die Lindener Aktienbrauerei als die zufällig zuerst betroffene Brauerei nicht mehr angeht, als wie sämtliche übrigen, dem Verein der Brauereien von Hannover und Umgegend angehörige Brauereien, der gemeinsam den strittigen Nachtrag zur Arbeitsordnung erlassen hat und deswegen auch allein zuständig ist, die Streitfrage in einer für den Verein der Brauereien verbindlichen Weise auszulösen. Der Verein hat sich als seinem Syndikus mit der Klärung der Frage beauftragt, und habe ich dem Verein ein Gutachten dahin erstattet, daß der erhobene Anspruch mir unbegründet erscheint. Der Verein hat sich diesem Gutachten angeschlossen. Ich stelle dabei ausdrücklich fest, daß es sich für den Verein dabei keineswegs um einen wirtschaftlichen Kampf oder um eine Geldangelegenheit, sondern lediglich um eine korrekte Auslegung bestehender vertraglicher und gesetzlicher Bestimmungen handelt. Wenn die von der Entscheidung des Vereins nicht befriedigten Arbeitnehmer glauben, daß diese Entscheidung unzutreffend ist, so wird es dem Verein der Brauereien nur angenehm sein, wenn durch eine Ururteilung der für diesen Fall zuständigen Gerichte ein Präjudiz geschaffen wird.“

Schachtungsvoll

Wegener, Rechtsanwalt.“

Obwohl Herr Rechtsanwalt Wegener der Ansicht ist, daß Rechtsfragen nicht durch Erörterungen in der Presse entschieden werden können, hielten wir uns seiner Zeit doch für verpflichtet, auf den in dem ablehnenden Schreiben des Vereins der Brauereien niedergelegten Rechtsstandpunkt in der Presse einzugehen und zu klären und Frommen der Interessierten nachzuweisen zu versuchen, daß die rechtliche Begründung des Vereins der Brauereien nicht stichhaltig ist, und wir glauben, dieses ist uns geglückt. Wir hielten es auch aus dem Grunde für geboten, diesen Streitpunkt in der Presse zu erörtern, als es sich ja nicht um gesetzliche Bestimmungen an sich handelte, sondern um unter Ausschaltung des bezügl. Gesetzesparagraphe auf Grund derselben erfolgte Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, über deren Auslegung plötzlich eine andere Ansicht seitens der Brauereien entstand, entgegen der bisher geltenden Praxis, und weil die Arbeitnehmer trotz der erfolgten Ablehnung seitens der Brauereien immer noch eine mündliche Aussprache zur Schlichtung der Streitfrage erhofften, die jedenfalls auch zu ihren Gunsten ausgefallen wäre, entsprechend dem von den betreffenden Brauereien bislang eingenommenen Standpunkt und entsprechend dem Geiste der Vereinbarungen und den Grundsätzen der Humanität des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, auf Grund dessen die Vereinbarungen getroffen wurden.

Wenn die Vereinbarungen selbst als Nachtrag zur Arbeitsordnung, aus dem Gesetze abgeleitet, auch Rechtsgültigkeit und Rechtskraft haben, so war es doch unseres Erachtens geboten, daß die vertragsschließenden, vereinbarenden Parteien zuerst den Weg der Aussprache suchten und dann event. die zuständigen Gerichte anriefen, und an den Arbeitgebern lag es in erster Linie, dieses zu thun, da diese, oder wenigstens ein Theil derselben, ihre Auffassung geändert haben. Bei der Aussprache hätte es sich jedenfalls nur darum gehandelt, auch die Lindener Aktienbrauerei zu dem von den anderen Brauereien eingenommenen Standpunkt zu belehren und event. diesbezügliche Bestimmungen der Arbeitsordnung anzufügen, die eine andere Auslegung ausschließen.

Daß die Aussprache in dem von uns angedeuteten Sinne ausgefallen wäre, bezweifeln wir nicht, haben sich doch an anderen Orten die Arbeitgeber ausdrücklich auf den von uns eingenommenen Standpunkt gestellt; wir verweisen nur auf die Vereinbarungen bezüglich des § 616 in Berlin, in denen ausdrücklich das Krankengeld und nicht die Krankenhauskosten als Maßstab für die Lohnzahlung in Krankheitsfällen festgesetzt ist. Dementsprechend glauben wir auch nicht, entgegen der Ansicht des Herrn Rechtsanwält Wegener, daß durch eine Klage vor dem Gericht ein Präjudiz geschaffen würde. Wie bisher in Bezug auf die Bestimmungen des § 616 selbst verschiedenartige Urtheile erfolgt sind, so würden auch in Hinsicht auf diese Vereinbarungen die zustehenden Gewerbegerichte verschieden urtheilen. Es läme schließlich darauf an, ob man sich mehr und event. ausschließlich an einen bestimmten Vorlaut klammert, oder ob man mehr die sozialpolitischen Rücksichten des § 616 und der aus diesen heraus entstandenen Vereinbarungen in Betracht ziehen würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß selbst die Gewerbegerichte in Hannover verschieden urtheilen würden, und weil es in dieser Streitfrage keine höhere entscheidende Instanz giebt, deshalb hätten wir immer noch kein Präjudiz, aber innerhalb des Geltungsbereiches der Vereinbarungen zwei verschiedene Rechtsstände, die auf die Dauer nicht haltbar wären und eben durch die Vereinbarungen verhindert werden sollten.

In einem ist Herr Rechtsanwalt Wegener aber im Irrthum, bezw. falsch unterrichtet, wenn wir ihn richtig verstanden haben, daß der Fall, der zur Erörterung steht, die Lindener Aktienbrauerei nicht mehr angeht als die übrigen Brauereien, nur daß der Fall sie zufällig zuerst betroffen habe. Alle Brauereien, in denen bisher Krankheitsfälle mit Krankenhausverpflegung der Betroffenen zu verzeichnen waren, auch die Städtische Brauerei, die auch eine Betriebskrankenkasse hat, haben bisher anstandslos den Lohn nach der Höhe des Krankengeldes für die ersten 14 Tage ausbezahlt, nur die Lindener Aktienbrauerei entwickelte bei dem ersten sie betreffenden Falle diesen juristischen Scharfsinn, die Krankenhauskosten anzurechnen und den Zuschuß nicht zu zahlen, und in der Folge diesen Rechtsstandpunkt des Vereins der Brauereien herbeizuführen, den die anderen betreffenden Brauereien bis her nicht theilten.

Der 3. Verbandstag deutscher Arbeitsnachweise

fand vom 9. bis 11. Oktober in Berlin statt. Dem Verband gehören 140 Arbeitsnachweise als Mitglieder an, darunter 7 ausländische. Die größte Zahl sind kommunale Arbeitsnachweise (70). Vom Statistischen Amt ist der Verband zur Mitarbeit bei der geplanten Arbeitsmarkt-Berichterstattung aufgefordert und ihm hierzu ein einmaliger Beitrag von 1500 Mk. bewilligt worden. Der erste Verhandlungsgegenstand war die Erörterung der Frage: „Welche Erfahrungen haben die Arbeitsnachweise bei der letzten Krisis auf dem Arbeitsmarkt gemacht?“

Der Referent, Stadtrath Dr. Jastrow-Charlottenburg, unterrichtete einleitend die Frage, ob auch die Beschaffung von Arbeit mit zur Arbeitsvermittlung gehöre. Diese Frage sei zu bejahen. Mit der Armenpflege hätten die Arbeitsnachweise nichts zu thun. Was die Veranstaltung von Nothstandsarbeiten betreffe, so handele es sich hier nicht um ein Alibi gegen die Noth, sondern nur um ein bloßes Herumkurieren an Symptomen. Die Nothstandsarbeiten seien nur Armenpflege, vorbeugende Akte der Armenpflege. Es müsse aber der Nothwendigkeit einer vorbeugenden Armenpflege noch weiter vorgebeugt werden. Zunächst dürfe deshalb eine öffentliche Verwaltung eine Krisis nicht nach durch verstärken, daß sie bei Ausbruch derselben ihre Arbeiten einstellt, im Gegentheil, der beginnende Niedergang im wirtschaftlichen Leben müsse sogar für öffentliche Verwaltungsbehörden ein Grund zur Vermehrung der Arbeit sein. Es handle sich hier nicht um eine Frage der Arbeiterpolitik, sondern um eine Frage der allgemeinsten Wirtschaftspolitik. Der Unternehmungsgeist der öffentlichen Verbände und Staaten habe dadurch ihren Kredit nicht geschwächt, sondern gehoben; bei beginnender Krisis könne der Staat das Geld viel billiger bekommen. Eine weitere Forderung gehe dahin, daß die öffentlichen Verwaltungen die Fürsorge gegen Mangel an Arbeitsgelegenheit als ständigen Verwaltungsgegenstand in regulären Zeiten betrachten sollen, denn eine gewisse Arbeitslosigkeit trete in jedem Winter ein, während im Sommer zuweilen mehr Arbeiter verlangt werden, als vorhanden sind. Der Noth, in einer Saison arbeiten zu lassen, dürfe eine öffentliche Verwaltung nicht folgen. Die erste Voraussetzung für eine sachgemäße Abhilfe der Arbeitslosigkeit sei natürlich die Kenntlich der Thatfachen; ein Bild von den Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt gebe die monatliche Berichterstattung, die das Verhältnis von Angebot und Nachfrage feststellt. Während z. B. der entscheidende Kurssturz an der Berliner Börse erst am 5. und 6. Juni 1900 eintrat, hätten die Er-

scheinungen auf dem Arbeitsmarkt bereits im April die hereinbrechende Krisis erkennen lassen. Die Statistik bedürfte noch sehr der Verbesserung; vor Allem sei es nöthig, eine Statistik nach Berufen zu haben, wozu die Ansätze bereits in der Berliner Arbeitsnachweis-Statistik vorhanden seien. Gut aber werde eine Statistik nur dann sein können, wenn die Arbeitsnachweise sich selbst kräftig entwickeln. Redner schloß mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit, daß der Verband der Arbeitsnachweise nicht ruhen dürfe, sondern sich immer neue Ziele stecken müsse.

Dann kamen nacheinander die Vertreter der verschiedenen örtlichen Verbände zum Wort, um über ihre Erfahrungen zu berichten. Für den Verband bayerischer Arbeitsnachweise referirte Rechtsrath Dr. Menzinger-München. Er theilte das Ergebnis einer Umfrage mit, welche der Münchener Arbeitsnachweis bei den übrigen bayerischen Anstalten gethan hatte. Danach ergab sich ein im Ganzen ziemlich trübes Bild. Am meisten litten die Bauhandwerker und die Holz- und Eisenindustrie. Bei der bisherigen Gestaltung könnten aber die Arbeitsnachweise eine genauere allermögliche Grundlage für die Erkenntniß der Lage noch nicht bieten. Dazu müßten vor Allem einheitliche Zählmethoden bei sämtlichen Anstalten eingeführt werden, und dann handle es sich um die Verwirklichung des Satzes: eine Gemeinde, ein Arbeitsamt. Ein ähnliches Bild entwarf Gemeinderath Stodmayr-Stuttgart von den Zuständen in Württemberg. Bezüglich der Statistik kam er zu ähnlichen Resultaten, empfahl aber die periodische Zählung der sich meldenden Arbeitslosen, wie man sie in Stuttgart bereits in die Hand genommen hat. Ein Zuschuß vom Land in die Städte sei nicht beobachtet. Wesentlich günstiger lautete der Bericht, den der Konsul Schmidt-Karlsruhe für den Verband badischer Arbeitsnachweise vortrug. In Südbaden sei eine Arbeitslosigkeit überhaupt nicht zu bemerken und auch im übrigen Baden könne man — abgesehen von Karlsruhe und Mannheim — keine besondere Verschärfung der Situation konstatiren. Alsdann sprach für den Verband württembergischer Arbeitsnachweise Stadtrath Zwicker-Börsdam und für die Anstalten des Stadtkreises Berlin Dr. Rotholz, der natürlich zu recht unerfreulichen Resultaten kam.

Buchdrucker Massini-Berlin betonte nachdrücklich die Umstände, welche gerade in Zeiten der Krise den Arbeiter veranlassen, die zerräubernde Bereinigung des Arbeitsnachweises nicht in Anspruch zu nehmen, sondern auf jede andere Weise Arbeit zu suchen. Trotzdem zeigte sich die Krise fast überall auch in den Erfahrungen der Arbeitsnachweise, neben denen auch die Mittelliedergassen der Krankenkassen, die ja im Großen und Ganzen die Zahl der beschäftigten gewerblichen Arbeiter widerspiegeln, benutzt wurden. Allerdings scheint die Krise, nach diesen Erfahrungen an verschiedenen Orten in verschiedenen Stadien, nirgends so schlimm als gerade in Berlin aufgetreten zu sein.

Stadtrath Flesch-Frankfurt a. M. erklärte, bei der Arbeitslosigkeit müsse man drei Ursachen unterscheiden: Arbeitslosigkeit in Folge Stillstandes in gewissen Industrien, in Folge starken Zuzuges fremder Arbeiter und in Folge allgemeiner Knappheit. Aus dem Umfang der Arbeitsvermittlung könne man bisher keine Schlüsse auf den Umfang der Arbeitslosigkeit ziehen; zur Erkennung der Arbeitslosigkeit seien fortgesetzte Zählungen erforderlich, eine einmalige Zählung habe keinen Werth.

Dr. Raumann-Hamburg meinte, die Forderung Massini's, bei Streiks die Stellenvermittlung einzustellen, bedeute nicht Neutralität, sondern im Gegentheil den Bruch mit der Neutralität. Ebenso gut könnten ja die Unternehmer verlangen, daß den von ihnen ausgesperrten keine Arbeit verschafft werden dürfe. Das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit in größerem Umfang in Hamburg bestreitet Redner auf Grund der von ihm eingeholten Anstalten von Arbeitgebern, auf Grund der Steuerlisten und der Mittheilungen der Armenverwaltung. Zu Besorgnissen habe die Krisis in Hamburg keinen Anlaß gegeben. Um den Umfang der Arbeitslosigkeit zu erkennen, empfehle er die Verfrachtung der Arbeitgeber durch die Fabrikinspektoren.

Metallarbeiter Menge-Charlottenburg verlangte mit Entschiedenheit, daß die Arbeitsnachweise, sobald Streiks ausgebrochen sind, ihre Thätigkeit einstellen; die angebliche Neutralität sei in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Bestrebungen der Arbeiter.

Arbeitersekretär Körstgen-Berlin erklärte demgegenüber, daß er für völlig partielle Arbeitsnachweise eintrete; die Arbeitsnachweise müßten sich sowohl nach der einen wie nach der anderen Seite hin völlig neutral verhalten. Das habe auch Massini sagen wollen.

Nachdem Dr. Jastrow in seinem Schlußwort die allgemeine Uebereinstimmung in den meisten Fragen konstatirt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Verbands-Versammlung deutscher Arbeitsnachweise erachtet die Aufstellung einer Arbeitsnachweisstatistik nach einheitlichen Grundsätzen für dringend notwendig. Sie erklärt ihre Bereitwilligkeit, die Bestrebungen des kaiserlichen Statistischen Amtes, welche auf eine periodische, möglichst umfassende und genaue Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes hingen, mit allen Kräften zu unterstützen. Sie beschließt die Einsetzung einer Kommission und beauftragt dieselbe, im Einverständnis mit dem kaiserlichen Statistischen Amt einheitliche Grundsätze für die Aufstellung einer Arbeitsnachweis-Statistik auszuarbeiten.“

Referent zu dem Punkt: „Arbeitslosen-Versicherung und Arbeitsnachweise“ war Professor Fickner-Zürich. Er führte aus: Die Arbeitslosen-Versicherung sei als Ausbau der Arbeiterversicherung zu betrachten. Grundfah müsse sein, daß die Kosten für Kranken- und Unfallversicherung in die Produktionskosten der Arbeitgeber aufzunehmen sind. Das gelte auch von der Arbeitslosen-Versicherung. Jeder Berufszweig habe für die Kosten seiner Arbeitslosen aufzukommen. Eine Abwälzung auf die Allgemeinheit sei unstatthaft. Nun sei gesagt worden, der Arbeiter müsse bei der Lohnabrechnung die Arbeitslosen-Versicherung mit einschlagen. Der einzelne Arbeiter

sei dazu nicht im Stande; sämtliche Lohnverhältnisse kann der Arbeiter nur als Glied einer Organisation, wie der Gewerkschaft, erreichen. Die Gewerkschaft könne auch am besten beschreiben, ob die Arbeitslosenversicherung schuldlos sei. Die Gewerkschaften hätten gut begriffen, welcher Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung besteht. Sie lassen sich die Arbeitslosenversicherung mit einer Versicherung vergleichen. Im letzten Jahrzehnt sei der Anspruch auf den Gewerkschaften der verschiedenen Art sehr gemindert. Aber es sei zu beachten, daß nur etwa 315 000 Gewerkschaftler gegen Arbeitslosigkeit versichert sind; das ist eine im Verhältnis geringe Zahl. Es bleiben Millionen übrig, die nicht durch Arbeitslosenversicherung sichergestellt werden. Die Arbeitslosenversicherung sei aber dringend. Der Vorschlag fakultativer Zwangsorganisationen nach Analogie der Zwangsorganisationen sei zu vermeiden, denn das bedeute eine Minderung der Gewerkschaftsbewegung. Ein weiterer Vorschlag, die Gewerkschaften auf Kosten des Reiches zu subventionieren, wie es der Stuttgarter Gewerkschaftskongress forderte, könne nur unter gewissen politischen Verhältnissen zur Durchführung gelangen; in Deutschland sei heute nicht daran zu denken, und der Vorschlag finde ja auch, wie der sozialdemokratische Parteitag gezeigt habe, selbst in den Reihen der Sozialdemokraten lebhaften Widerspruch. Ebenso wenig Aussicht auf Verwirklichung habe der Plan des Nationalsozialistischen Reichstages, durch Erhöhung der Krankentage Beiträge eines Fonds zu schaffen, welcher durch Vermittlung der Gemeinden an die Gewerkschaften zur Unterstützung von Arbeitslosen übertragen wird und nicht nur für organisierte, sondern auch für unorganisierte Arbeiter dienen soll. Nun entliehe die Frage, ob man vielleicht durch den Ausschluß der Unternehmerviertel weiter komme. Das sei nicht der Fall; erhebliche Fortschritte werde man nur durch Zuhilfenahme des öffentlich-rechtlichen Zwanges erreichen. Was die kommunale Arbeitslosenversicherung betreffe, so sei es ja nicht zu leugnen, daß die Gemeinden hierzu besonders legitimiert sind, da sie die Schäden der Arbeitslosigkeit durch Erhöhung der Armenlasten besonders zu spüren bekommen. Trotzdem könne man sich nicht damit begnügen, denn es sei nicht ratsam, neben den großen Reichsversicherungen noch eine kommunale Versicherung zu schaffen, um so weniger, da ja die Befürworter dieses Planes nicht allein, sondern nur bestimmten Gemeinden die Verpflichtung auferlegen wollten. Er verwirfe dieses System und empfehle statt dessen eine das ganze Reichsgebiet umfassende, an die bestehenden Organisationen sich anschließende Einrichtung. Träger dieser Arbeitslosenversicherung müßten die Berufsgenossenschaften sein; die Beiträge sollten von den Unternehmern aufgebracht werden, ähnlich wie bei der Unfallversicherung. Die Verantwortung zum Bezuge der Unterstützung sollte nicht sofort mit der Arbeitslosigkeit eintreten, sondern erst nach Ablauf der zweiten oder dritten Woche. Das würde die Berufsgenossenschaften nicht nur finanziell entlasten, sondern auch in administrativer Hinsicht eine Erleichterung für sie bedeuten. Anspruch auf Unterstützung hätten nicht nur die Arbeiter, die entlassen sind, sondern auch diejenigen, die sich selbst zum Austritt entschließen, vorausgesetzt, daß der Austritt aus triftigen Gründen erfolge. Andererseits müsse die Unterstützung verweigert werden, wenn der Arbeiter sich Dinge zu schulden kommen läßt, die den Unternehmer bezüchtigen, ihn ohne Kündigung zu entlassen. In triftigen Fällen möge man die Entscheidung den Gewerbebehörden übertragen. Schwerer sei die Frage, unter welchen Bedingungen eine einmal bewilligte Arbeitslosenunterstützung wieder entzogen werden kann. Bei Streiks könne man, wenn es sich um Kämpfe zur Verbesserung des Lohnes handelt, von einer Arbeitslosenunterstützung keine Rede sein, eben so wenig, wenn Arbeiter trotz des Spruches des Einigungsamtes, das sich gegen sie erklärt, den Streik fortsetzen, oder wenn Arbeitslose sich weigern, in durch Streik freigewordene Stellen einzutreten. Niemals aber dürfe man vergessen, daß der Arbeitsnachweis eine conditio sine qua non für die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung sein muß.

Dr. Freund = Berlin vertrat als Korreferent die Ansicht, daß Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung untrennbar zusammengehören. Zwischen beiden Institutionen bestehe dieselbe Interessensharmonie wie zwischen Kranken- und Invaliditätsversicherung. Die Organisation des Arbeitsnachweises und eine gute Arbeitslosenversicherung seien die Voraussetzungen für die Arbeitslosenversicherung. Die Forderung der Gewerkschaften, ihnen die Arbeitslosenversicherung zu übertragen, sei a limine abzuweisen; durch derartige unerfüllbare Forderungen werde das Zustandekommen des Problems nur gefährdet. Sein Vorschlag gehe dahin, den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, unter gewissen Voraussetzungen und unter gewissen Voraussetzungen zu schaffen. Im Einzelnen sei er der Meinung, daß ebensolange wie der Arbeitsnachweis die Arbeitslosenunterstützung mit den Arbeitsämtern etwas zu tun haben dürfe. Deshalb dürfe weder bei Streiks noch bei Ausperrungen Unterstützung gezahlt werden. Ebenso müsse die Unterstützung verweigert werden, wenn ein Arbeitsloser es ablehne, in eine durch Streik frei gemordene Stelle zu treten, denn dann könne ja von unverantwortlicher Arbeitslosigkeit keine Rede mehr sein.

In der Diskussion legte Bösch = Berlin den Standpunkt der Gewerkschaften dar. Vor allem dürfe kein Unterschied zwischen verschuldeter und unverschuldeter Arbeitslosigkeit gemacht werden, denn die Schuldfrage gemöhnlich nicht der Einzelne, sondern die Gesellschaft. Unter den heutigen Verhältnissen könnten allein die Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung durchführen. Die Arbeitslosenversicherung solle doch auch die Arbeiterklasse fähig haben; das sei aber nicht möglich, wenn man den Arbeitern jedes Verantwortlichkeitsgefühl nimmt. Ebenso gut wie der Staat Arbeitsnachweise, Baugenossenschaften u. dgl. subventioniere, sei auch die Subvention der Gewerkschaften denkbar. Allerdings würden die Gewerkschaften eine solche Subvention niemals auf Kosten ihrer Selbstständigkeit annehmen.

Professor Dr. Böhmert = Dresden schloß sich im Allgemeinen den Ausführungen des Referenten an, wünschte aber, daß auch die Arbeiter zu den Versicherungsbeiträgen herangezogen werden. Die Arbeiter sollten nicht alleinige Träger der Versicherung sein, wohl aber Mitträger.

Sonne = Frankfurt a. M. drückte seine Befriedigung darüber aus, daß sich im Laufe der Jahre die Ansichten über die Arbeitslosenversicherung so sehr geklärt haben. Man sei einig, daß ein Zwang bestehen müsse, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Staat und Gemeinde beizutreten müssen, und daß ein Zusammenhang mit dem Arbeitsnachweise vorhanden sein müsse. Nach seiner Meinung könne nur eine öffentlich-rechtliche Institution in Frage kommen; am leichtesten durchführbar sei die kommunale Versicherung.

Kommern = Boeside glaubt, daß, so lange eine gesetzliche Unterlage nicht vorhanden ist, den Gewerkschaften der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung überlassen bleiben muß. Das aber den Gewerkschaften öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit denen sie nach Umständen handeln und wahlen können, sei ausgeschlossen. Ohne eine öffentlich-rechtliche Grundlage werde man nicht zu einer Lösung der Frage kommen. Ein Vorbehalt wäre es schon, wenn den Kommunen das gesetzliche Recht auf Einführung einer Zwangs-Arbeitslosenversicherung gegeben würde. Das Ziel sei natürlich die Versicherung über das ganze Reich. Träger derselben dürften weder die Unternehmer noch die Arbeiter allein sein; eine Parität, wie bei den Arbeitsnachweisen, sei auch hier am

Platze. Die Organisation des Arbeitsmarktes sei auch nach seiner Ansicht die Vorbedingung für die Arbeitslosenversicherung, aber so lange, bis ganz Deutschland mit Arbeitslosen nachweisen versehen sei, dürfe man nicht warten. Seiner Straußen sich noch viele Unternehmer aus Kurzsichtigkeit gegen die Arbeitslosenversicherung; sie vergessen, daß das, was sie zu Gunsten der Versicherung hergeben, ihnen weder zu Gute kommt durch eine Vermehrung der Gesamtproduktion. Wenn die Arbeiter aus eigenem Interesse eine Arbeitslosenversicherung wünschen und sich dafür ins Zeug legen, so sollten die, denen an der Erhaltung der jetzigen Staatsverrichtungen gelegen ist, erst recht die Hand dazu bieten. Denn auf die Dauer könne ein Staat nicht existieren, der eingesehene muß, daß er diese Frage zu lösen anher Stande ist. (Schluß folgt.)

Sturrespondenzen.

Dachau. Die schon in der „Brauer-Zeitung“ gemeldete ungerechte Entlassung eines Verbandskollegen durch den Braumeister Jung, Schlegel-Brauerei, ist mit der Entlassung nicht erledigt, wie Herr Jung wohl geglaubt haben mag. Der Unterbrechung und Verdrängung der Verbandskollegen, wie es sich einige Braumeister zur Aufgabe gemacht haben, muß einmal ein Beispiel vorgegeben werden. Der betreffende Kollege, der schon 2 Jahre im Geschäft thätig war und dem man sonst nichts nachsagen konnte, wurde wegen eines geringen Verstoßes eines Anderen, für das er gar nicht verantwortlich war, mit diesem zugleich entlassen. Allerdings war der Andere auch einer, der sich nicht in den „Bund“ aufnehmen lassen wollte. Eine andere Gelegenheit war nicht zu finden, die Verhafteten los zu werden, deshalb mußte man eine Gelegenheit suchen. Daß man dort seit Herrn Jung's Zeiten Alles haßt, was nicht in den „Bund“ hinein will, zeigt das Beispiel, daß ein anderer Kollege, ein Familienvater mit sechs Kindern, der schon 8 Jahre dort beschäftigt war, ein paar Tage nach dem ersten Vorfall wegen einer lächerlichen Lappalie entlassen wurde. Auch dieser ließ sich nicht dazu zwingen, dem „Bund“ beizutreten. Und die Vergehen der Bundesmitglieder kümmert sich Niemand; halbwilde Fässer sind schon öfters abgelassen worden, das Bier hat man in den Kanal laufen lassen, doch dieses schreit man nicht zu sehen oder sehen zu wollen. Wertwärtig, daß auch der Oberbaurat Duffus davon nichts sieht und es dem Braumeister so eifrig hinterbringt, wie er es in dem hier in Rede stehenden Falle gethan hat. Duffus, der früher ein eifriges Verbandsmitglied war, scheint ja auch nur das Werkzeug des allgewaltigen Bundesführers zu sein und nach seinen Befehlen zu handeln. Auf Beschluß der Versammlung vom 3. November wurde der entlassene Verbandskollege bei dem Herrn Direktor Schlegel vorstellig; dieser sagte, das sei Sache des Braumeisters. Darauf wurde die Kommission bei Braumeister Jung vorstellig. Jung war nicht im Stande, der Kommission nachzuweisen, daß der Entlassene sich schon jemals etwas habe zu schulden kommen lassen, und verwies sie an die Direktion. Bemerkenswert ist, daß er unter dem Namen eines Kommissionenmitglied, der ihm sagte, daß er ihn schon seit 1895 kenne, einen Streich machte. Geht das vielleicht: Du bist jetzt auf der schwarzen Liste? Darauf wandte sich das Arbeitersekretariat schriftlich an die Direktion, ob dieselbe in der Angelegenheit eine Kommission empfangen wolle. Die Antwort lautete, daß Herr Direktor Schlegel auf einige Zeit vorzeitig sei. Eine Kartellierung beschäftigte sich dann mit dieser Angelegenheit und beschloß, die Direktion zu ersuchen, die Kommission zu empfangen, auch für den Fall, daß der Herr Direktor noch nicht zurück sei, und kündigte die Besuchszeit an. Eine Antwort auf den Einschiebesbrief erfolgte nicht, die Kommission, die dann vorstellig wurde, fand das Direktionszimmer verschlossen, obwohl dieses erfahrungsgemäß um diese Zeit meist nicht der Fall ist. Das Arbeitersekretariat schrieb nochmals, daß, falls keine ablehrende Antwort erfolge, die Kommission zu einer bestimmten Zeit vorzupreden werde. Herr Direktor Schlegel lehnte den Empfang der Kommission ab, da die Unterstellung und Entlassung von Brauern lediglich Sache des Braumeisters ist, an den sich die Kommission mit ihren Wünschen wenden solle. Die Kommission hat es sich nicht darbieten lassen, nochmals bei Braumeister Jung vorzusprechen. Der Erfolg war gleich Null! Nichts sagende Redensarten und die Berufung auf den Direktor. Nun, wenn die Herren glauben, mit der Kommission Fußball spielen und die Vertreter der Arbeiterschaft im Kartenfell führen zu können, so sind sie in einem großen Irrtum befangen. In einem Flugblatt wurde die Öffentlichkeit von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt, welche nun auch ein Wortchen mitreden wird.

Dresden. In der öffentlichen, außerordentlich gut besuchten Brauereiarbeiterversammlung vom 25. November referierte Kollege Bauer-Pannover über die vielseitigen Aufgaben der Gewerkschaften. In Gewerkschaftlichen kam zur Sprache, daß der Vertrauensmann der Exportbierbrauerei Hadeberg entlassen wurde, weil er mit einem Bundesgenossen und Streikbrecher einen kurzen Wortwechsel gehabt hat und zur Strafe erst nach 8 Tagen als Leiter wieder anfangen soll. Vor einer Geschäftskommission, die vorstellig werden wollte, ließ sich Herr Braumeister Brühne nicht sehen. Wie es scheint, sollten die Arbeiter zum Kampf gereizt werden. Doch wird man damit kein Glück haben. Es wurde eine Kommission gewählt, die nochmals mit der Direktion unterhandeln soll und wenn dies nicht hilft, soll die Sache der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Auch auf dem Hofbrauhaus ist ein Arbeiter aus dem Flaschenzeller entlassen worden, angeblich wegen Unbotmäßigkeit gegen den Vorgesetzten. Doch werden die Flaschenzellerarbeiter durch grobe Behandlung seitens der Vorgesetzten sehr oft gereizt. Jedenfalls können die Flaschenzellerbeamten keinen Anspruch auf große Bildung machen und es ist kein Wunder, wenn die jugendlichen Leute von ihnen lernen. Es soll hier ebenfalls eine Kommission vorstellig und der Direktion folgende Resolution übermittleit werden: „Die am 25. November tagende öffentliche Brauereiarbeiterversammlung im Saale der Gambrinusbrauerei nimmt von der Entlassung des Flaschenzellerarbeiters vom Hofbrauhaus, Coita, Kenntnis. Die Versammlung erklart in dem Vorgehen gegen die organisierten Arbeiter einen direkten Angriff auf das Koalitionsrecht und beschließt, Alles aufzubieten, um dem zu Unrecht Entlassenen zu seinem Recht zu verhelfen.“ Die Flaschenzellerarbeiter wurden noch aufgefordert, sich in jeder Weise höflich und anständig zu betragen, sich nicht provozieren zu lassen und als organisierte Arbeiter ihrerseits den Herren Beamten und Aufsehern mit gutem Beispiel voranzugehen. Beschlossen wurde noch, zu beiden Kommissionen einen Botschafer aus der betreffenden Brauerei hinzuzuschicken. Sodann wurde noch Klage gegenführt, daß bei Neueinstellungen in den Dresdener Brauereien stets die Prozentleute zuerst berücksichtigt werden und dann erst der Arbeitsnachweis benutzt würde, und daß sich die Prozentleute durch Handschlag verpflichten müssen, nicht in den Verband einzutreten.

Eilenburg. Am 26. November tagte im „Vergeller“ eine mächtige öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Bauer über das Thema: „Die vielseitigen Aufgaben der Gewerkschaften“ sprach. In seiner 1 1/2-stündigen Rede gab er uns ein treffendes Bild über die Entwicklung der Gewerkschaften bis zu ihrer jetzigen Höhe und geizte dabei scharf das Unternehmertum, welches die Arbeiter auf jede Art und Weise ausbeutet, besonders dort, wo es noch keine Organisation gibt und die Arbeiter auf die Gnade des Unternehmers angewiesen sind. Die Ausführungen wurden mit

lebhaftem Beifall aufgenommen. Unter „Beschlebens“ kamen mehrere Wünsche der hiesigen Brauereien zur Sprache, worauf Kollege Bauer in seinem Schlußwort auf diese Fälle näher einging und hervorhob, daß nur durch eine starke Organisation diese Mißstände beseitigt werden können und forderte jeden auf, sich der Organisation anzuschließen, um die Lage der Arbeiter verbessern zu helfen.

Frankfurt a. M. Nachdem bereits vor etwa 14 Tagen gelegentlich einer öffentlichen Versammlung (leider war diese sehr schwach besucht), in der Kollege Bauer referierte, sechs Mitglieder für die Organisation gewonnen waren, wurde seitens des hiesigen Kartells auf den 30. November eine weitere Besprechung arrangiert, die erfreulicherweise einen besseren Besuch aufwies. Dabei fehlte auch hier die „Möllen-Brauerei“ vollständig. Bestehen denn dort wirklich so rosigte Zustände, daß man die Organisation entbehren zu können glaubt? Die Besprechung hatte den Erfolg, daß sich weitere 12 Mann als Mitglieder einschreiben ließen, und konnte nun endlich zur Gründung einer Zählstelle geschritten werden. Als Vorsitzender wurde Kollege Dyrzka, als Kassierer Otto Hänke, Schriftführer Kollege Bie, und als Schriftführer Bih. Orban, Bergstraße 87, gewählt. Der neue Vorstand arbeitet unter der vorläufigen Aufsicht des Gewerkschaftskartells. — Der erste Schritt wäre also auch hier gethan. Der jungen Zählstelle wünschen wir, daß sie immer mehr erstarke und ein thätkräftiges Glied unserer Bewegung werden möge. Mögen die Mitglieder immer mehr besetzt sein, fortgesetzt zu werben, zu agitieren, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben! Glück zu!

Fürstentum. Am 20. November fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung mit einem Referat des Hauptvorsitzenden, Kollege Bauer, statt. Kollege Bauer erörterte die Entwicklung und Entwicklung der Gewerkschaften, die Konzentration der Betriebe, die Entwicklung der Technik, die Auffassung der Kleinbetriebe, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und das Bestreben der Arbeiter, in ihren Organisationen für eine Verbesserung der Arbeitslosigkeit und für Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen. Weiter streifte er die Arbeitergesetzgebung, den Posttarif und dessen schädliche Folgen für die Arbeiterklasse, und gebachte im Besonderen der gesundheitsschädlichen Folgen der Brauereiarbeit im inneren Betriebe sowohl wie der Bierfahrer. Auch des Winkels im gewerkschaftlichen Leben that er Erwähnung, wie dieses besonders in unserem Berufe die „Bund“ kultiviert wird, und doch nur die Folgen hat, die Interessen der Arbeiterkollegen sowie der gesamten Brauereiarbeiter und seiner Mitglieder mit zu schädigen. Wollte man seine und der Arbeiterkollegen Interessen ethisch wahren, dann müßte sich jeder Brauereiarbeiter unserem Verband anschließen und nicht abseits stehen und unter dem Mantel des Winkels den Kollegen in den Rücken fallen. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten gezollt. Es sprachen noch Kollege Silge und der Obmann vom Gewerkschaftskartell, welche auf die bevorstehenden Reichstagswahlen aufmerksam machten. In seinem Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden zum Lesen der Arbeiterzeitung auf.

In der Versammlung vom 28. November ließ sich ein Mann aufnehmen. Silge erstattete den Kartellbericht. Des Weiteren wurde eine Kommission gewählt, um die Mißstände in der Brauerei Stimmung zu beseitigen. Beschlossen wurde, daß bei Vergütungen anfangs Februar stattfinden soll mit Besatzungsberichten u. s. w.

Halberstadt. Die öffentliche Versammlung vom 30. November, in der Kollege Bauer referierte, war von ca. 50 Personen besucht. Die Kollegen von Blankenburg und Döberitz waren ebenfalls erschienen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde darauf hingewiesen, die hiesigen streikenden Tabakarbeiter zu unterstützen. Zum Weihnachtstfest der Gewerkschaften wurden 10 Mark aus der Lokalfasse bewilligt. In's Kartell wurden Fleischer und Schweineflesher gewählt. Die Kollegen von Döberitz wünschten in eine Lohnbewegung einzutreten. Auch wurden die dortigen Mißstände einer Kritik unterzogen, welches uns veranlaßt, dieselben nächstens zu veröffentlichen. Wir hoffen, daß sämtliche Kollegen die Worte des Kollegen Bauer beherzigen und auch in jeder Weise persönlichen Streit vermeiden werden, denn Einigkeit ist die Vorbedingung für die Entwicklung der Organisation und für die Besserung der Verhältnisse.

Hamburg. Am 23. November fand eine kombinierte Versammlung der Sektionen II und III im Hammonia-Gesellschaftshaus statt. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab: Einnahme 2132,90 Mk., Ausgabe 1087,90 Mk. Von letzterer wurde an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt 438,50 Mk. Die Lokalfasse ergab einen Restbestand von 126,52 Mk. plus 90,50 Mk., welche der Sterbekasse zugewandt werden mußten. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 711. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Darauf berichtete Staack, daß die Vertrauensleute verschiedener Brauereien sehr saumelig mit dem Abstreifen der Gelder wären und daß die Vertrauensleute die Hauptschuld auf die Mitglieder abwälzen wollten. Verschiedene Versuche, diesem abzuweichen durch Nichtlieferung des Verbandsorgans an die Brauereien, deren Vertrauensleute bis zum 15. nicht abgerechnet, durch öffentliche Meinung oder Appell an die einzelnen Mitglieder haben zu keinem Resultat geführt. Verschiedene Redner waren der Meinung, daß die Schuld sowohl bei den Vertrauensleuten selbst, als auch bei den Mitgliedern läge und daß es wohl schwer halten würde, hier eine feste Norm zu schaffen. Nach lebhafter Debatte wurde eine Kommission gewählt, welche der nächsten Versammlung zweckentsprechende Vorschläge zu unterbreiten hat. Die Kommission besteht aus Dyl, Neugebauer, Ahrens und Wagner. Drei Kollegen ließen sich wieder aufnehmen. Auf Antrag des Vorstandes sollen Sammelkassen für die an Weihnachten kranken und arbeitslosen Kollegen ausgeben werden. Es waren 17 Brauereien vertreten.

Kottbus. Am 22. November tagte bei Kottbus eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung, welche trotz gendlicher Bekanntheit nur mäßig besucht war. Schuld ist die Interesslosigkeit eines Theils der Brauereiarbeiter für die Organisation, andererseits sind verschiedene Kollegen vom Harmonieklub noch nicht erwacht, trotzdem ihre Verhältnisse gewiß keine guten sind und sie alle Ursache hätten, sich der Organisation anzuschließen, um mit der Gesamtheit eine Besserung zu erstreben. Der Referent, Hauptvorsitzender Bauer, sprach über vielseitige Aufgaben der Gewerkschaften und erörterte die Entwicklung und die Erfolge der Gewerkschaften. Auch die Organisation der Brauereiarbeiter habe seit ihrem Bestehen Großes geschaffen in Bezug auf Arbeitszeitverkürzung an Sonn- und Feiertagen, Lohnerhöhung u. s. w. Trotzdem giebt es noch Brauereiarbeiter, die den gerechten Forderungen der Arbeiter entgegenarbeiten, obwohl sie dadurch zum Verräther an ihrer eigenen Sache werden und sich selbst schaden. Das könnten sich auch verschiedene Brauereiarbeiter in Kottbus zu Herzen nehmen. Weiter kritisierte der Referent die Verhältnisse der Bierfahrer, die 17-20stündige Arbeitszeit, welche jedes Familienleben zerstört; und wenn dann Einem von ihnen in Folge der zu langen Arbeitszeit und Ueberbürdung etwas passiert, dann ist man gern bei der Hand, zu sagen, der ist betrunken gewesen, obwohl der wirklich schuldige Verjenige ist, der sie so lange arbeiten heißt. Ferner schilderte er auch noch ausführlich die anderen Schäden, die unser Beruf mit sich bringt, auch aus dem inneren Betriebe. Hier könne auch nur die Organisation helfen, wenn alle Brauereiarbeiter dem Brauereiarbeiterverbande angehören. Der Beifall, den auch hauptsächlich die Bierfahrer dem Referenten zollten, wird öffentlich auch die Folge haben, daß sich nun auch sämtliche Bierfahrer der Organisation anschließen werden, die bisher dafür nicht zu haben waren. In der Diskussion sprachen sich

Jämmlische Redner im Sinne des Referenten aus und erfolgte nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten mit einem Hoch auf den Verband Schluss der Versammlung. 12 Mann ließen sich aufnehmen.

Kulmbach. Die Versammlung vom 29. November war wieder sehr zahlreich besucht. Der Vorsitzende Solter berichtete über die Vorkommnisse in der 1. Aktien- und Reichelbrauerei, wo man Arbeiter ohne Bewahrung des städtischen Arbeitsamtes eingestellt habe, die aber auf seine Beschwerde auch wieder entlassen wurden, aber ohne daß man die Humanität so weit gehen ließ, dafür andere ebenso bedürftige arbeitslose Arbeiter vom Arbeitsamt einzustellen. Wie halten uns in dieser Beziehung an den Vereinbarungen, aber daß die Besitzer sich schwer darin finden können, ist durch diese Fälle bewiesen. Weiter erörterte der Vorsitzende die Einstellung auswärtsiger Arbeiter zum Eismachen, während 64 Brauereiarbeiter im Arbeitsamt eingetragen sind. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die besagt, daß die Vorkommnisse in der 1. Aktien- und Reichelbrauerei einen Bruch der Abmachungen vom 15. Oktober bedeuten und die Verbandschaft beauftragt wird, alle Mittel anzuwenden, damit die Vereinbarungen gehalten werden, und ferner erwartet wird, daß die arbeitslosen Brauereiarbeiter auch zum Eismachen angestellt werden.

Ludwigshafen. In der Angelegenheit der Aktien-Brauerei fand eine überaus zahlreich besuchte öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt. Nach dem Bericht des Vorsitzenden, im Auftrag des Arbeiter-Ausschusses, über die Verhandlungen mit dem Herrn Direktor Müller betreffs Wiedereinstellung der vier wegen Arbeitsmangel ohne Kündigung entlassenen Brauereiarbeiter referierte Woch-Mannheim über die Verhältnisse in hiesigen Brauereien, sowie die gegenwärtige Lage, wie Arbeiter einige Wochen vor Bewachung ohne Kündigung auf Pfahler gesetzt werden, angeblich wegen Arbeitsmangel, um das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern; ferner führte er an, wie die Arbeiter im Sommer ausgenutzt werden, wie viele Überstunden in den hiesigen Brauereien gemacht würden, ohne einen Pfennig hierfür zu vergüten, und daß Arbeiter in der Aktien-Brauerei sind, die jeden Sonntag ins Geschäft müssen. Hier könnte die Direktion einmal ihre Humanität zeigen und könnte sagen, so gegenwärtig haben wir Leute genug, wir wollen Euch, die Ihr im ganzen Sommer keinen ganzen Sonntag hattet und sieben Nächte gearbeitet habt, auch einen freien Sonntag geben. Weiter führte der Redner an, daß in allen größeren Städten die Verwaltungen sich damit beschäftigen, wie sie die vielen Arbeitslosen beschäftigen können. Von der Aktien-Brauerei, die ja erst vor kurzem einen sehr günstigen Jahresabschluss veröffentlicht hat und die für eine der am humansten geleiteten Brauereien gegolten hat, hätte man mehr Arbeiterfreundlichkeit erwarten dürfen, als sie tatsächlich bewiesen. Der Redner sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Direktor Müller so wenig Entgegenkommen bezeugte. Von welchen Gesichtspunkten Herr Müller die Aufgabe des Arbeiter-Ausschusses aufstift, bleibt sein Ausspruch Zeugnis: Der Arbeiter-Ausschuss ist nicht bloß da für die Interessen der Arbeiter, sondern er hat auch einzutreten für das Geschäft, von dem er sein Brot hat. Hier stellte Redner die Frage, für was eigentlich ein Arbeiter-Ausschuss da ist? — In der Diskussion sprachen sich alle Redner dahin aus, daß von Arbeitsmangel keine Rede sein kann, sondern daß Arbeit genügend vorhanden ist. Auch wurde angeführt, daß bei den vielen Kranken kein Geschäft eingetrifft wird. Folgende, aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im Gartensaale des „Gesellschaftshauses“ stattfindende, stark besuchte öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung nimmt Stellung zu der von der Aktienbrauerei erfolgten Kündigungsausstellung von vier Brauereiarbeitern (zwei Brauer und zwei Bierführer). Nach Klärung der Verhältnisse durch den Referenten und sachlicher Diskussion ist die Versammlung zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Begründung der Direktion, die Entlassung sei aus Arbeitsmangel geschehen, nicht stichhaltig ist. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß genügend Arbeit vorhanden, weshalb sie die Entlassung als eine unmotivirte betrachtet. Die Versammlung ist daher damit einverstanden, daß von Seiten des Kartells drei Mann und drei Arbeiter der Aktienbrauerei vorbestellt werden und an die Direktion das Ersuchen stellen, daß die Ausgestellten wieder eingestellt werden. Um die Einstellung besser zu ermöglichen, soll die Direktion erwägen, ob nicht eine Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt werden könnte. Falls die Direktion dieses Ersuchen ablehnt, verpflichten sich die Arbeiter der Aktienbrauerei, über Winter abwechselungsweise bis zu einer Woche auszufahren, um dadurch die Ausgesperrten wieder unterzubringen. Die Kommission wird beauftragt, auch über diesen Punkt zu unterhandeln.“

Die in der öffentlichen Versammlung gewählte Kommission wurde am 24. November bei Herrn Direktor Müller vorstellig und wurde man sich nach längerer Unterhandlung darüber einig, daß die 4 Entlassenen wieder arbeiten können, wenn sich die Arbeiter bereit erklären, abwechselnd auszufahren. Zu diesem Zwecke sollte nun eine Liste unter den Arbeitern der Brauerei zirkuliren, wer sich damit einverstanden erklärte. In Rücksicht auf den Versammlungsbeschluß konnte man auf einstimmige Annahme dieser Abmachung hoffen. Das war aber nicht der Fall. Organisirte Arbeiter, welche in der Versammlung dieses besitzwortet und auch dafür gestimmt haben, wollten nun von der ganzen Sache nichts mehr wissen und arbeiteten noch gegen diesen Beschluß. Man sollte so etwas von denen nicht erwarten, die schon Jahre lang in der Organisation thätig waren und an der Spitze derselben gestanden haben, daß die Beschlüsse der Versammlung so wenig respektiren. Mögen alle Brauereiarbeiter die Lehre daraus ziehen, daß es anders werden muß, wollen wir Ähnliches und noch Schlimmeres verhüten. Diese Vorgänge haben uns auch gelehrt, daß durch die Zerfahrenheit der Brauereiarbeiter nicht einmal das Gerindeste zu Stande kommen kann. Wären wir Alle in einem Verband organisiert, so könnte Ähnliches nicht vorkommen. Wir haben auf der Brauerei „glücklicherweise“ nur sechs verschiedene Verbände, und zwar die der Brauereiarbeiter, Transportarbeiter, Küfer, Maschinenisten und Geiger, Fabrikarbeiter und Gasenarbeiter, da muß es jedem denkenden Arbeiter einleuchten, daß ein gedeihliches und sprichliches Zusammenarbeiten ein Ding der Unmöglichkeit ist. Soll es in Zukunft besser werden, so müssen sich alle Brauereiarbeiter dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter anschließen, der auch in diesem Falle allein vorgegangen ist. Brauereiarbeiter der Aktien-Brauerei resp. von Ludwigshafen, behauptet diese geschwundenen Thatsachen und zieht Eure Beize daraus. Fort mit allem Dünkel, allen persönlichen Streitereien und Zerfahrenheit, fördert die Einigkeit, schließt Euch Alle dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter an und werdet thätig und pflichttreue Mitglieder in unser Aller Interesse. Das ist die Geschehene ist eine ernste Mahnung für Alle, in Zukunft in allen Fällen geeinigt und gerüstet zu sein.

Wemel. Am 18. November fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die sehr gut besucht war, außer von Brauereiarbeitern namentlich auch von Gasenarbeitern, nur von Seiten der Kollegen des Bürgerlichen Brauhauses war der Besuch ein mangelhafter, 3 Mann waren erschienen. Der Referent, Kollege Bauer-Dannover, kritisierte in seinem Vortrage über die vielfältigen Aufgaben der Gewerkschaften die Mängel der Arbeiterschutzgesetze, in der Krankenversicherung ac., wo die Arbeiter in der Verwaltung Einfluß zu gewinnen suchen müssen, um die Einrichtungen für sich vorteilhafter zu gestalten. Hierzu ist es aber notwendig, daß sie sich der ge-

werkschaftlichen Organisation anschließen, denn nur durch einheitliches Vorgehen und Handeln können sie bessere Einrichtungen schaffen und Vorteile für sich erzielen. Auch in Bezug auf die Unfallversicherung findet der Arbeiter Rath und Unterstützung in der Organisation. Wenn so ein armer Schlichter verunglückt, ist er auf sich allein angewiesen und muß zufrieden sein mit dem, was die Genossenschaft für gut befindet. Da ist es denn sehr vorteilhaft für den Arbeiter, daß die gewerkschaftlichen Organisationen sich darum bemühen, daß Vertreter in die Schlichtergerichte und ins Reichsversicherungsamt gewählt werden, die auch die Interessen der Unfallverletzten in diesen höheren Instanzen wahrnehmen. Auch haben die organisirten Brauereiarbeiter Rechtschutz in solchen Fällen seitens des Verbandes, wenn sie nicht zu ihrem Rechte gekommen sind. Weiter haben die Gewerkschaften die Aufgabe, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, wie auch die Arbeiter der Wemeler Aktien-Brauerei, seit sie dem Verbandsangehörigen, eine Lohnerhöhung von 30 Pfg. pro Tag erzielt haben. Kollege Bauer schärfte den organisirten Arbeitern bringend ein, nicht nur Beiträge zu bezahlen, sondern Jeder müsse auch aktiver und Mitglied zur Organisation herangezogen werden. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion schilderte Roggemond seine Lage mit der Verunsicherung, daß er keinen Rechtsbeistand hatte. Unter „Verschiedenes“ wurde den Kollegen des Bürgerlichen Brauhauses ernstlich ans Herz gelegt, es rüster mit der Organisation zu nehmen, da sie sich nicht die Mühe nehmen, die Versammlungen zu besuchen und sogar ihre Beiträge durch einen Angestellten im Konvikt dem Verbandskassirer überfenden. Da den Genannten seitens der Direktion keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, die Direktion dieselben sogar noch auffordert, dem Verband beizutreten, sollen sie aus der Bilde der Organisation gestrichen werden, wenn sie nicht handeln, wie den organisirten Arbeitern zukommt. Die Folgen hätten sie sich dann selbst zuzuschreiben. Schulz schilderte noch den großen Indifferentismus unter den Arbeitern des Bürgerlichen Brauhauses, welchen es um so mehr Pflicht wäre, die Zeitung zu lesen und sich am gewerkschaftlichen Leben zu beteiligen, damit sie aufgeklärt werden und wissen, was sie als Arbeiter zu thun haben. Nach einem Schlusswort des Kollegen Bauer erfolgte mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung Schluss der Versammlung.

Schönebeck a. E. Am 30. November fand im „Feldschlösschen“ eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung mit einem Referat des Kollegen Bauer-Dannover über die vielfältigen Aufgaben der Gewerkschaften statt, wobei Kollege Bauer den Nutzen und Zweck der Organisation schilderte. Was die Organisation bezweckt, zeigte sich am Besten da, wo die Organisation mit den Unternehmern Vereinbarungen getroffen habe, und dort seien weit bessere Verhältnisse zu finden, als in Schönebeck der Fall ist. Hierauf ließen sich 7 Mann aufnehmen, mehrere gaben das Versprechen ab, sich in der nächsten Monatsversammlung aufnehmen zu lassen. — Die erste Monatsversammlung vom 7. Dezember war gut besucht. Dieselbe hatte sich auch schon mit der Maßregelung eines Kollegen zu befassen, der wegen „Agitation“ ohne Weiteres entlassen wurde. Die Angelegenheit ist dem Kartell übergeben, das schon Stellung genommen hat, und glauben wir, daß den voreiligen und eigenmächtigen Herren gleich von vornherein der Standpunkt klar gemacht wird, daß die alte Mode des Ausschließens ohne Grund denn doch endlich einmal aus der Welt geschafft werden muß und sie sich um die Organisationsangehörigkeit der Leute gar nichts zu kümmern haben. Außerdem beschäftigte sich die Versammlung mit dem Verhalten des **D b e r m ä l l e r s** **K r u g**. Derselbe nimmt es sich heraus, den Kollegen die Pausen um 5, 10 bis 15 Minuten zu kürzen, wozu derselbe gar kein Recht hat. Seine allgemeine Redensart ist: „Wenn es Euch nicht paßt, dann könnt Ihr es ja sagen; draußen vor dem Thore stehen genug; damit kann man die Elbe aufstopfen, so viel Leute giebt es.“ Ein netter „Kollege“ und Charakter! Doch der gute Herr vergißt, daß er selber zu jeder Zeit zu erscheinen ist und schließlich selbst einmal draußen vor dem Thore stehen kann. Es ließen sich wiederum 12 Mann aufnehmen, so daß die Zahlstelle mit den bereits vorhandenen 25 Mitglieder zählt. So dürfen wir uns wohl der Öffnung hingeben, in Kürze eine tüchtige Zahlstelle zu haben. Wie notwendig wir hier in Schönebeck eine starke Organisation zur Wahrung der Interessen der Brauereiarbeiter haben, dürfte wohl einem jeden Einzelnen einleuchten, deshalb aber ist es auch jedes Einzelnen Pflicht, sich der Organisation anzuschließen. Fort mit der Furcht und der Scheu und hinein alle Mann in die Organisation.

Weißensefeld. Eine schwach besuchte Versammlung tagte am 27. November in der „Reichsstrone“. Der Verbandsvorsitzende Bauer-Dannover sprach über: „Die vielfältigen Aufgaben der Gewerkschaften“. Er verstand es, in klarer Weise den Anwesenden vor Augen zu führen, wie durch eine stramme Organisation so Vieles geschaffen werden kann, auch in Weißensefeld, und forderte zum Schluss die Kollegen auf, sich dem Verband anzuschließen. In der Debatte wurde zunächst konstatiert, daß in der Brauerei **G ä r t h** die Kollegen von der Welt abgeschloffen sind, wie in einem Zuchthaus, denn es wird Niemandem, auch dem besten Freund nicht, gestattet, die im Geschäft wohnenden Kollegen zu besuchen. Auch ist der Lohn in allen Geschäften noch nicht auf der Höhe der Zeit, auch die Sonntagsarbeit würde einer derben Kritik unterzogen, den Bestimmungen der Gewerbeordnung wird nicht einmal Rechnung getragen. Dies Alles trug dazu bei, daß sich die Anwesenden zum Beitritt meldeten und sich verpflichteten, dem Verbands immer neue Mitglieder zuzuführen, dann wird auch in Weißensefeld die Zeit kommen, wo dann menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden können. Auch wird die übrige Arbeiterchaft als Konsument des Bieres zur gegebenen Zeit ihre Macht zeigen, wenn es gilt, atterthümliche Verhältnisse abzu schaffen. Darum, Kollegen, hinein in den Verband. Eine demnächst stattfindende Versammlung wird die Vorstandswahlen vorzunehmen haben. Zu dieser Versammlung haben sämtliche Kollegen die Pflicht, zu erscheinen.

Bewegungen im Bernfe.

† **Vänenburg.** (Zum Bierkrieg.) Noch in frischer Erinnerung wird das Urtheil der Strafkammer des königlichen Landgerichts sein, das vor kurzem gegen den Kollegen **H. gefällig** wurde, das Urtheil ist freilich noch nicht rechtskräftig, weil von dem Angeklagten Revision eingelegt ist. Wegen die Kollegen **H.** und **A. Schwob** schon wieder ein Strafverfahren. Beide sind von der königlichen Staatsanwaltschaft angeklagt wegen Verleumdung des Herrn Möllering. **H.** soll sich der Verleumdung schuldig gemacht haben durch das von ihm herausgegebene Flugblatt „Zur Aufklärung“, in dem behauptet wird, Herr Möllering habe sein gegebenes Ehrenwort nicht gehalten. **A.** soll sich durch eine Aeußerung einem hiesigen Gastwirth gegenüber einer Verleumdung des Herrn Möllering schuldig gemacht haben. Deswegen geht's aber weiter und haben schon wieder mehrere Wirthe Kronenbier abbestellt.

† **Zwidau.** (Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.) Kaum ein Monat ist verfließen, seitdem die Brauereiarbeiter ihre Forderungen den bisherigen Tarifbrauereien unterbreitet haben, und schon hat der Optimismus der Arbeitnehmer Schläge erlitten, die den letzten Rest des Glaubens an das ehemalige patriarchalische Verhältniß, das in den weitaus meisten Brauereibetrieben früher und bis in die neueste Zeit sorgsam gehegt und gepflegt wurde, um die Arbeiter ja aus der Schallender- und Bieratmosphäre, dem bornirten Zunftdübel — mit einem Wort — aus der Dummheit in ihrer voll-

endetsten Form nicht herauskommen zu lassen, radikal befeitigen. War die Eingewöhnung, und das waren sehr wenige, waren der Meinung, daß die Unternehmer sich diesmal prolog auf den abnehmenden Standpunkt stellen würden und — sie hatten recht. Bei den Andern herrschte ein so festes Vertrauen in das Entgegenkommen der Unternehmer, daß man überaus war, daß die Letzteren wenigstens die Forderungen der Arbeiterkraft mit den von der Lohnkommission bereits ausgestandenen Abstrichen bewilligen würden, umso mehr, als die neue Tarifvorlage auch eine ganze Reihe Vorteile für die Unternehmer mit enthält, von denen nur ein Winder sagen kann, daß er sie nicht bemerkt. Doch die Herren Brauereibesitzer und -Direktoren setzten sich aufs hohe Ross und haben nun auch die Konsequenzen ihres in jeder Beziehung, auch vom menschlichen Standpunkte aus unklugen Handelns zu tragen und die können je nach den Umständen sehr unangenehm und kostspielig werden. An der Hand der nun folgenden allernützlichsten Darstellung mögen die Leser unseres Blattes ersehen, wie man versucht, die Brauereiarbeiter über's Ohr zu hauen.

Auf die Einreichung des Tarifes und die Einladung zur gemeinsamen Berathung und Beschließung der Mehrforderungen erhielt der Vorsitzende der Lohnkommission, **Hob. Müller**, unterm 25. Oktober 1902 folgendes Schreiben:

Z w i d a u, den 25. Oktober 1902.
An den Vorsitzenden der Lohnkommission der organisirten Brauereiarbeiter im Bezirke Zwidau
Herrn **Hob. Müller**.
H i e r, Marienhalerstraße.

Wir unterzeichneten Brauereien theilen Ihnen auf Ihr w. Schreiben vom 16. cr. mit den beigefügten Abänderungsanträgen zum Tarife vom 9. Jan. 1901 mit, daß wir bei dem jetzigen schlechten Geschäftslage und der uns durch die **Polterhörungen** drohenden Kräfte nicht in der Lage sind, eine Veränderung der auf Grund des Tarifes vom 9. 1. 1901 bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten lassen zu können.

Wegen Anschlusses weiterer Brauereien an diesen Tarif verweisen wir Sie auf unsere früheren Mittheilungen bei Abschluß des Tarifes vom 9. 1. 1901 und überlassen es Ihnen, dieselben zum Anschluß an diesen Tarif zu veranlassen.

Hochachtungsvoll!
Brauerei Zwidau. Brauerei Planitz.
C. Veeger. C. Hieroldt. B. Keller.
Brauerei Marienthal.
C. Fischer.
Aktienbrauerei Zwidau. Brauerei Gainsdorf.
G. Grobberger. U. Praany. U. Vogl.
Brauerei Feldschlösschen Werdau. Dampfbrauerei Mosel.
Ferd. Geidel. Ulrich Friedrich.

Hierauf wurde in einer stark besuchten Versammlung die Lohnkommission autorisirt, in Verbindung mit dem Kartell vorstehend alle weiteren Maßnahmen zur Durchführung der Lohnbewegung einzuleiten. Am 7. November wurden **C. Freund**, **S. Kraßer** und **H. Müller** bei Herrn Direktor **C. Veeger** (Vereinsbrauerei Zwidau) vorstellig, um vor allen Dingen eine gemeinsame Sitzung und Berathung der beiderseitigen Vertreter herbeizuführen. Herr Veeger, der seinen ablehnenden Standpunkt bis zu einem gegebenen Zeitpunkt sehr diplomatisch zu vertreten weiß, sagte zu. Die Sitzung fand am 15. November im „Badegarten“ statt und waren von der Lohnkommission sämtliche in Betracht kommenden Brauereien u. s. w., mit Ausnahme der Plauen'schen, geladen. Eschienen waren die Vertreter der obenverzeichneten Brauereien und Herr **Malzfabrikbesitzer Sieber** hier. Die anderen Herrschaften vom **Wagländischen Brauereiverein** glänzten, wie nicht anders zu erwarten, durch Abwesenheit. Nur Herr Brauereibesitzer **Schwarz-Böhmig**, dessen Schwellen wir, weil es in wohlthunendem Gegensatz zu dem Gebahren der sämtlichen anderen Brauereianternehmer steht, unten noch zum Abdruck bringen, und die Vereinsbrauerei **Deßnitz i. B.** haben sich höchlichst entschuldigt. **Schroff** ablehnend verhielten sich **Wiederwinn-Dylau** und **Hug. Fischer-Reichenbach**.

Die Sitzung fand zunächst ihre Einleitung nach Erklärung des Zwecks derselben durch den Vorsitzenden der Lohnkommission, Müller, damit, daß Herr Direktor **C. Veeger** erklärte, die Vertreter der Brauereien seien nur als „Gäste“ anwesend, könnten nicht berathen, nichts beschließen, nur die Wünsche der Arbeitnehmervertreter entgegennehmen, die sie dann bei Gelegenheit einer ihrer Zusammenkünfte behandeln würden. Sie blieben auf dem ablehnenden Standpunkt stehen, wozu die schlechteren Zeiten herhalten mußten, der Posttarif, die geplanten hohen Oefstern- und Hopfenzölle, Biersteuer, Malzsteuer, kurzum es wurden alle Register gezogen, um die „Verleumdung“ des Brauereigewerbes mit seinen hohen Dividenden, fetten Kartentenen und Gratifikationen, reichen Abschreibungen und geradezu ungeheuerlichen Spesenkontos — der Große ist des kleinen Tod — haarstark zu beweisen. Und dazu noch die naive Frage eines Herrn Direktors — der, wie es scheint, gar nicht weiß, daß die Arbeiter von **Champagner**, **Auftern**, **Trüffel** und anderen schönen Sachen nicht leben können, sondern sich mit Kartoffeln, Brot, Heringen und sonstigen billigen Dingen, von den 2 Pfund Fleisch in der Woche, wenn es hochkommt, absehen, begnügen müssen —: „In welcher Weise und wodurch denn die Lohnkommission die Nothwendigkeit der Forderungen der Arbeiter begründen wollen?“ Eine geradezu lässliche Plauvität!

Nach langwierigen heftigen Auseinandersetzungen kam man endlich so weit, die einzelnen Positionen durchzunehmen, natürlich ganz „unverbindlich“ von Seiten der Herren Arbeitgeber. Die Lohnkommission der Arbeitnehmer gab schon ganz bedeutende Abstriche zu bei fast allen Positionen, während sich die Angebote der Arbeitgeber auf einem Niveau bewegten, das in Rücksicht auf die Tarifdauer und sonstigen Vortheile, die noch für die Unternehmer im Tarif liegen, die Arbeitnehmer nicht anzuerkennen vermögen.

Feststellen wollen wir aber ausdrücklich, daß seitens der Mehrzahl der Herren Arbeitgeber betont wurde, daß sie gern bereit seien, die Lage der Arbeitnehmer zu verbessern, wenn die Vertreter derselben auch Entgegenkommen zeigten, was von diesen

*) Das Schreiben des Herrn Brauereibesizers **G. Schwarz** an den Vorsitzenden der Lohnkommission gerichtet, hat folgenden Wortlaut:

Böhmig, den 15. November 1902.
Ich danke Ihnen für die freundliche Einladung zu der heutigen Versammlung, die sich mit einer zeitgemäßen Regelung der Lohnverhältnisse in unserem Gewerbe zu befassen gebietet. Als alleiniger Vertreter meines bescheidenen Betriebes bin ich leider heute nicht im Stande, der ehrenvollen Einladung Folge zu leisten, will Ihnen aber nicht voranthalten, daß ich jedem Fortschritt, der eine Hebung unseres Berufes auch in dieser Hinsicht bedeutet, sympathisch gegenüberstehe, sobald ich mich, soweit das nach örtlichen und persönlichen Verhältnissen angebracht erschien, bereits auf dem Boden Ihres Lohntarifes befinde. Ich bitte deshalb, mein Fernbleiben gütigst zu entschuldigen, mich aber, wenn es das Interesse der Sache erfordert, mit weiteren Schritten in dieser Richtung, insbesondere mit dem Ergebnisse der heutigen Verhandlungen bekannt zu machen.

Hochachtungsvoll
G. Schwarz, Brauereibesitzer.

auch durch die Abstriche tatsächlich bewiesen wurde.

Auf die Interna der Verhandlungen wollen wir aus tatsächlichen Gründen hier nicht eingehen. Nur eines müssen wir entschieden zurückweisen. „Kuhhandel“ wie bei der Zentrumpartei! Dieser Ausdruck wurde den Vertretern der Arbeiter zugerufen. Ganz abgesehen davon, daß das Zentrum nicht nur die Interessen des werthaltigen Volkes im Allgemeinen, sondern auch die Interessen der Brauereiarbeiter durch Vertilgung hoher Gewerks- und Sopseninsubtrahille, Wersteuer zc. verschleiert und verkuhndelt, wie jetzt wieder evident bewiesen, muß den Herren gesagt werden, daß sie schon vor zwei Jahren bei dem erstmaligen Tarifschlichtung gekuhhandelt haben, daß es schon nicht mehr schön war; wir haben die allemwärtigen Beweise davon in Händen. So wird's auch diesmal wieder werden, das steht bombenfest. Nur sind jetzt die Brauereiarbeiter vorzüglich einig und geschlossen organisiert, das wollen die Herren nicht vergessen.

Nachdem die Verhandlung der tariflichen Positionen beendet, wurde die Sitzung vom Vorsitzenden Krasser geschlossen, nachdem Herr Direktor Weeger erklärt, die Arbeitgeber würden die Propositionen der Lohnkommission in ihrer Versammlung, die am 22. November im „Deutschen Kaiser“ hier tagen sollte, in Erwägung ziehen und in der nächsten gemeinsamen Sitzung, die am 26. November im „Badegarten“ stattfinden sollte, ihre diesbezüglichen Beschlüsse mittheilen. Man hätte nun einfach nach gelindert, logischem Menschenverstande sich sagen können und müssen, daß die Herren Arbeitgeber in dieser Versammlung auch demgemäß handeln und ruhig in gemeinsamer Sitzung den Vertretern der Arbeitnehmer ihre Entscheidungen auf Grund der am 15. November gemachten Propositionen unterbreiten würden. Aber weit gefehlt. Statt dessen erhielt der Vorsitzende der Lohnkommission folgende Schreiben, die nach den bisherigen Verhandlungen das sozialpolitische Verständnis der Herren treffend kennzeichnen, den Abbruch der bisherigen Beziehungen bedeuten und folgenschwere Entscheidungen herbeizuführen geeignet sind:

Zwickau, den 24. November 1902.

Gechter Herr!

Ich habe den von Ihnen am 22. d. anwesenden Brauereiarbeiter und Brauereivertretern vorgelegt und überreiche Ihnen beifolgende Abschrift des in dieser Versammlung gefaßten Beschlusses.

Schachtingsvoll
E. Weeger.

Zwickau, Sa., den 21. November 1902.

An die Lohnkommission der organisierten Brauereiarbeiter im Bezirke Zwickau.

Die heute abgehaltene Versammlung der unterzeichneten Brauereien hat beschlossen, den denselben unterm 16. v. M. überreichten Lohnarif nicht anerkennen zu können. Diejenigen Brauereien, welche den Lohnarif vom 9. Januar 1901 bereits unterzeichnet haben, wollen denselben auch weiter aufrecht erhalten, während die Mitglieder des sozialdemokratischen Brauereivereins nicht einmal diesem Tarif ihre Zustimmung zu geben vermögen.

Die für Mittwoch, den 26. d. M., anberaumte Verhandlung ist für die Unterzeichneten deshalb zu Fall und es ist beschlossen worden, an denselben nicht theilzunehmen.

Vereinsbrauerei zu Zwickau. Brauerei Gainsdorf.
E. Weeger. E. Hierold. H. Vogt.
Altknechtbr. Zwickau vorm. Pölsch Brauerei Manitz.
H. Wagon. H. Weller.
Brauerei Feldschlößchen, Verdau. Dampfbierbrauerei Mosel.
Ferd. Seidel. Arthur Friedrich.
Der Vorstand. Brauereiverein. Dampfbierbrauerei Marienthal.
H. Troeger, Vorf. Ernst Fischer.

Nach dieser Brückung weist die Lohnkommission der Brauereiarbeiter, die sich ihrer schweren Aufgabe wohl bewußt war, jede fernere Verantwortung über das, was da kommen mag, entschieden und mit Würde zurück. Schon die Art und Weise der Einseitigkeit, sowie der bisherige Verlauf der Tarifbewegung legt treffend Zeugnis ab, daß die Vertreter der Arbeiter absolut auf dem friedlichen Verhandlungswege sich mit den Arbeitgebern über die Forderungen einigen und ohne jeden Hintergedanken auch friedlich zum Ziele gelangen wollten.

In welche Widersprüche sich die Herren bei ihrer Handlungsweise und Beschlüßfassung verwickelt haben, scheinen sie

sich gar nicht bewußt zu sein, denn sonst könnte man doch nicht erst zugeben, daß die Lage der Brauereiarbeiter verbesserungsbedürftig, daß man nicht abgeneigt sei, Verbesserungen einzutreten zu lassen, um genau nach acht Tagen das noch einmal zu wiederholen, was man genau einen Monat vorher geschrieben, nämlich: daß der Tarif in seiner Fassung vom 16. Oktober abgelehnt sei und Mahamed nicht mehr zum Berge komme. In Wirklichkeit hat es sich um die Fassung des Tarifs vom 15. November gehandelt, die für die Herren eine wesentlich günstigere gewesen. Man sieht, die Arbeitnehmer sollen mit Gewalt provoziert werden. Darauf fallen diese aber keinenfalls herein! Sie werden noch wie vor ihre Pflicht und Schuldigkeit zu thun wissen.

Wir betonen noch einmal, daß die Vertreter der Brauereiarbeiter jederzeit zu jeder friedlichen Verständigung bereit sind und können kaum glauben, daß die Brauereien ein Interesse daran haben könnten, die ultima ratio mit Gewalt herbeizuführen. Der „Spaß“ könnte am Ende teuer werden, als die tariflichen Forderungen innerhalb der nächsten drei Jahre betragen. Und gewonnen wäre damit noch nicht das Geringste, denn gerade die Brauereiereiten zc. haben alle Veranlassung, sich mit ihren Arbeitnehmern in friedlich geordneter Weise auseinanderzusetzen.

Die Lohnkommission der organisierten Brauereiarbeiter im Bezirke Zwickau.

Eingänge.

Die Firma Bechtold u. Co., Verlag, Buchdruckerei und lithographische Anstalt in Wiesbaden, hat Neujahreskarten mit Gambinus zc. angefertigt. Wir verweisen diesbezüglich auf das Inserat in heutiger Nummer.

Bekanntmachungen.

Lauf Beschlusses des Verbandstages ist alle halbjährlich das Verzeichnis der Gewerkschaften, der Vorsitzenden und der Beisitzer, sowie der Vertrauensleute der Einzelmitglieder zu erneuern.

Ferner haben eine große Anzahl von Unterstützungs-Auszahlern ihre Adresse geändert, oder die Auszahlung in andere Hände übergeben.

Im Interesse der reisenden Mitglieder, sowie der Hauptverwaltung werden alle Obgenannten ersucht, ihre Adresse mit Wohnungsangabe, sowie bei den Auszahlern die Unterzeichnung die für die Auszahlung bestimmte Zeit bei dem Unterzeichneten anzugeben.

Wir eruchen alle Zahlstellen, wo es einer Neuwahl bedarf, dieselbe baldmöglichst vorzunehmen.

Wer bis spätestens 15. Januar 1903 seine Adresse nicht eingeschickt hat, wird im Verzeichnis nicht angeführt. Ob die alte Adresse richtig oder nicht, Jeder hat sich zu melden.

Der Hauptvorstand.
J. A.: G. Waer.

Quittung.

Vom 1. bis 7. Dezember gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Halle 1 40,—, Rensfeld 11,70, Pirna 18,30, Todtnau 3,—, Straubing 3,00, Frankfurt a. O. 11,30, Frankfurt a. D. 4,—, Hannover 2,40, Döbeln 20,94, Darmstadt 1,50, Zittau 5,—, Ortenburg 4,15, Lübben 1,50, Mühlheim a. d. H. 10,—, Offenburg 13,20, Kissingen 5,40, Hannover 2,—, Salungen 10,80, Groß-Bieberau 5,10, Helsen 9,40, Groß-Seelitz 4,80, Chemingen 1,50, Hannover 2,50, Spreichrow —,30, Luffitz 4,02, Rassel 188,40, Berlin I 108,20, Flensburg 50,—, Soltan 7,80, Stuttgart 333,11.

Für Interate ging ein: Rensfeld 2,—, Rumbach 2,40, Fürth 1,40, Nürnberg 2,—, Kiel 2,—, Düsseldorf 2,—, Preetz 2,—, München 2,—, Mannheim 1,50, Mannheim 16,30, Groß-Gerau 1,—, Dresden 7,20, Rassel 2,—.

Die Einsender von Geldern oder Briefmarken werden, um Irrthümer zu vermeiden, ersucht, sich zu überzeugen, ob der in der letzten, oben bezeichneten Woche eingelaufene Betrag mit dem oben quittierten Betrag übereinstimmt. Bei etwaigen Fehlern wolte man sich sofort an den Hauptkassierer um Aufklärung bzw. Nichtigstellung wenden.

Verbandsnachrichten.

* Alle den Verband und Nichtstörung betreffenden Angelegenheiten sind zu richten an den Vorsitzenden G. Waer, Gelder an den Kassierer S. Kagerl, Hannover, Burgstraße 9.

* Zweck Nichtigstellung muß das Verbandsbuch des Mitgliedes Conrad Opel (Buch-Nr. 9949), sowie dessen Mitgliedslegitimation an den Hauptvorstand eingekandt werden. Die Unterstützungsansprüche wollen dieses beachten. Die Nichtsendung erfolgt sofort.

* Berlin. (Brau.) Die Vertrauensleute werden ersucht, die Sammelstellen für die arbeitslosen Mitglieder so bald wie möglich an Kollegen Fritz Piech, Belle-Alliancestraße 74a, abzuliefern. In der nächsten Versammlung liegt eine Melantenliste aus; ferner eine Liste der gestrichenen und derjenigen Mitglieder, welche ihr Buch noch nicht umgetauscht haben.

* Oldenburg. Unterstützung zahlt aus Anton Kraft, Milchbrinkweg 57.

* Wir warnen hiermit vor dem Brauer Hermann Böhdecker aus Rohlau. Derselbe hat sich in Folge falscher Angaben ein neues Verbandsbuch erschwunden, ebenso von einem Kollegen Geld, zu dem er sagte, der Kassierer habe ihm den Auftrag gegeben, seine Unterstützung von diesem Kollegen zu holen, da der Kassierer kein Geld zur Hand hatte, obwohl er gar nicht unterstützungsberechtigt war. Das irrtümlich ausgefertigte Buch Nr. 14754 ist beim Vorzeigen eingekandt und an den Hauptvorstand einzusenden.

Zahlstelle Saalfeld.

Versammlungen finden statt in:

Alzey. Sonntag, 14. Dezember, 3 Uhr, bei Hg. Hahn. Alle erscheinen.

Berlin. (Sektion I.) Sonntag, 21. Dezember, 1 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal I: Generallerversammlung.

Bielefeld. Sonntag, 14. Dezember, 2 Uhr, bei Palkmeyer. Kollegen von Lippstadt und Detmold ebenfalls erscheinen.

Cheunitz. Sonntag, 14. Dezember, 2 1/2 Uhr, im Restauration „Marburg“, Gaimstraße 17: Öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Darmstadt. Sonntag, 21. Dezember, 1 Uhr, im Lokal „Zur Altstadt“, Schulzengasse: Öffentliche Versammlung. Die seitherigen sanitären Zustände in der Brauerei „Zum grünen Laub“.

Duisburg. Sonntag, 14. Dezember, 3 Uhr, bei Marks, Feldstraße 9. Vortrag des H. Wittmann über: „Soziale Verhältnisse in der Menschheitsgeschichte“. Wegen Jahresabschluss sind rückständige Beiträge zu entrichten.

Gießen. Jeden zweiten Sonntag im Monat.

Frankenthal. Sonntag, 14. Dezember, 2 Uhr, im Lokale Wargand.

Friedenwalde. Freitag, 19. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Schloßkeller. Wahl des Vorstandes. Der Tagesordnung wegen Alle zur Stelle.

Gera. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Michels. Vortrag eines auswärtigen Referenten.

Greiz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 Uhr, im „Scharfen Eck“.

Hagen. Sonntag, 14. Dezember, 3 Uhr, bei Günther Schmidt, Hagen-Wehringhausen, Rangstraße.

Helm. Sonntag, den 14. Dezember, 6 Uhr, bei Hompesch, Kämmergasse 18.

Schwenningen-Willingen. Sonntag, 14. Dezember, 2 Uhr, im „Grünen Baum“, Schwenningen. Alle erscheinen.

Siegen i. W. Sonntag, 21. Dezember, 3 Uhr, im Restauration „Maachen“, Marburgerstraße: Öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung. Näheres durch Handzettel. Es ist Pflicht aller Arbeiter in den Brauereien von Siegen und Umgebung, sich daran zu beteiligen.

Sollingen. Sonntag, 14. Dezember, bei Gen, Kaiserstraße. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Tübing. Der Christbaumfeier wegen 8 Tage später, also Sonntag, 21. Dezember, 2 Uhr, im „Stühlfhof“, Tübing I.

Berguügungs-Anzeige.

Tübing. Sonntag, den 14. Dezember, im „Veldrom“, Tübing III, von Nachmittag 3 Uhr an Christbaumfeier. Reichhaltiges Programm. Feste, Gesang, Theater, Gabel-Verlosung zc. Die auswärtigen Kollegen und Nachbarsektionen sind freundlichst eingeladen.

Zu wenig Geld

wird meistens für Gratulationen, Nachrufe zc. von den Mitgliedern eingekandt, resp. zu viel Raum beansprucht. Um Rechnungsbindungen zu vermeiden, sollen fortan Gratulationen zc. à 2 Mk., Nachrufe für verstorbene Mitglieder à 3 Mk. Der Raum wird danach bemessen. Der Betrag ist bei Aufgabe des Inserats mit einzusenden.

Die Expedition.

Zur Berichtigung sei mitgeteilt, daß Kollege E. Louis nicht am 17. Oktober, sondern am 17. November gestorben ist.

Der Brauer Ernst Schubert, geb. 23. Juli 1876 in Sebnitz, Buch-Nr. 16390, bisher in Reichenbach i. W., wird wegen dringender Angelegenheit ersucht, seine Adresse dem Unterzeichneten umgehend mitzutheilen. Mitglieder wollen ihn darauf aufmerksam machen.

B. Müller, Zwickau, Marienhalerstr. 15c.

Um die Adresse des Kollegen Ludwig Beck aus München, zuletzt Brasserie St. Jean, Genf, bittet wegen wichtiger Angelegenheit

Brauereiverein Genf, rue Cornavin 12.

2 Jahre vorjährigen Hopfen

(H. Waere) sind zu verkaufen. Off. mit A. B. an die Exped. der Zeitung.

Das hiesige Gewerkschafts-kartell ist von der industriellen Arbeiterschaft beauftragt, ein geeignetes

Versammlungs- und Verguügungs-Lokal zu suchen.

Leistungsfähige Brauereien, welche hierauf rezeffieren, werden ersucht, ihre Offerten an den hiesigen Vertrauensmann

Fritz Harnowaki, Wittenberge (Potsdam), Auguststr. 31, einzusenden.

Eingetretene Todesfälle

halber beabsichtigen wir, die in Kömbild in nächster Nähe des Bahnhofs gelegene

Brauerei mit Eiskeller

neuesten Systems, sowie mit daranstoßendem Gasthaus und schöner frequenter Gartenwirtschaft, freihändig unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen; auch kann die bisher damit verbundene Oekonomie nebst Zubehör ganz oder theilweise mit verkauft werden.

Friedrich Weiher's Erben Kömbild i. Thür.

Adressen

aller Branchen und Berufsstände der ganzen Welt liefert unter Porzellanantenne billige

Adressenhaus Adolf Arft, Dresden A, Ammonstr. 78.

Brauer-Herberge München

Goethestraße 17. Den reisenden Kollegen besonders empfohlen. Jos. Feandt, Besitzer.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Theilnahme, sowie für die schönen Blumenspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, des Herrn

Johannes Hugger, Brauer,

sage ich Allen meinen herzlichsten Dank, insbesondere den Kollegen der Gambinus-Brauerei für die zahlreiche Theilnehmung, sowie für das bereitwillige Tragen zu seiner letzten Ruhestätte.

Zöbitz-Dresden, am Begräbnistage.

Die trauernde Witwe Ida Hugger, geb. Buchhardt.

„Gasthaus zur weißen Taube“

Hauptverkehr der Bierbrauer von Johann Vogt

T. 1. 9. Mannheim T. 1. 9.

Sapfste allen meinen nach Mannheim kommenden Kollegen gute Betten, sowie vorzügliche Speisen und Getränke zu mäßigen Preisen bei aufmerksamer Bedienung.

In jeder Zeit kostenfreier Arbeitsnachweis.

Mannheim.

Meinen werthen Freunden, sowie allen Brauereizur Nachricht, daß ich mein Gasthaus „Kleiner Mayerhof“, P. 6. 17/18,

ältester Verkehr der Brauer, wieder selbst übernommen habe. Wie bekannt, gute, reinliche Betten, vorzügliche Verpflegung, billige Preise und aufmerksame Bedienung.

Friedrich Steinmetz.

Manchfleisch.

edltes Rothaler Bauern-geschlachtet, verende per Nachnahme pro Pfund für 1 Mk. 5 Pf. Schachtingsvoll

A. Englmüller, Manchfleisch-Verandgeschäft, Pfaffenstraße, Niederbrunn.

Bremen.

Eingeführte Firma wünscht die Vertretung

einer ersten kapitalkräftigen, norddeutschen, sowie auch bayerischen Brauerei.

Offerten unter L. II an die Annoncen-Expedition von

W. H. Scheller, Bremen.

Neujahrs-

und Gratulationskarten in 30 verschied. Ausführungen,

zwei farbig, 100 St. m. Namen und Wohnort Mk. 2,—

ein farbig, 100 St. mit Namen und Wohnort Mk. 3,— 1 Sortim. 30 versch.

Muster gegen Einsendung von 50 Pfg. Muster gratis. Grosse Auswahl speziell für

Bierbrauereien und Restaurationen. Prachtvoll wirkende

Plakate in 10 Farben, zu jeder Reklame geeignet.

Rud. Bechtold & Co., Wiesbaden, Verlag, Buchdr. u. Lith. Anst.

Slappmühle i. Seiden. Tuch 1 Mt. Strandmühle in Tuch 1,30 Mt.

Karl Braun, Düsseldorf, Rotherstraße 1.

Wilhelm Rosen, Zur „Sachsenburg“, München, Gollersstraße 38. Druckmaschinen aller Art

Striegler's Gasthaus, Dresden-A.

18 Zahnsgasse 13 (nahe Postplatz u. Altmarkt)

empfehlen den reisenden Kollegen seine freundlichen Lokalitäten und sauberen Betten bei billigen Preisen zur gefälligen Benutzung.

Unsern Verbands-Kollegen August Köhne nebst seiner lieben Frau, Fräulein Marie

Wagenroth, zu der am Sonntag, den 14. Dezember, stattfindenden Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei Knallhütte bei Rassel.

Den Kollegen der Union-Brauerei Groß-Gerau für die Glückwünsche und schönen Hochzeitsgeschenke herzlichsten Dank.

Hans Hronsdach u. Frau

Für die Gratulationen und schönen Geschenke anlässlich unserer Hochzeit den Kollegen und Mitarbeitern der Thomask-Brauerei, München, unsern herzlichsten Dank.

Andreas Zäch u. Frau.

Unsern werthen Verbands-Kollegen und Oberburschen Gottlob Franz nebst seiner lieben Frau, Fräulein Emma

Wesche, zu der am Sonntag, den 14. Dezember, stattfindenden Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Germania-Brauerei, Wittenbüttel.

Die Gratulationen in voriger Nummer, Kollegen F. Brauer betreffend, ist von den Verbandskollegen der Union-, nicht Vereinsbrauerei, München,